

Teufelskreis Schuldenwirtschaft

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Jeder der in der Privatwirtschaft tätig ist, weiss, dass Schulden nicht à priori schlecht sind, denn diesen Schulden stehen meistens Aktiven gegenüber, Fabriken, Maschinen, Warenlager etc. die Erträge abwerfen, mit denen die Schuldzinsen bezahlt werden können. Aber selbst im Geschäftsleben sind der Schuldenmacherei Grenzen gesetzt. Wenn die Eigenmittel in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zur Schuldenlast stehen, und ein temporärer Geschäftseinbruch das noch vorhandene Eigenkapital aufzubauchen droht, dann drehen die Banken den Kredithähnen zu. Wir haben es ja alle erlebt. Als anfangs der 90er Jahre die Immobilienkrise begann, und der Wert der Liegenschaften in vielen Gegenden um mehr als ein Drittel einbrach, verloren die Banken im Hypothekengeschäft rund CHF 50 Mrd. In der Folge wurden sie so vorsichtig, dass das Wachstum der Inlandkredite von einstmal fast 15% im Spitzenjahr 1987 auf 1-2% in den Folgejahren absackte und erst im laufenden Jahr ist wieder eine beschleunigte Zunahme in der Grössenordnung von 4-5% feststellbar.

Regeln, die für die Privatwirtschaft gelten, scheinen aber in Bezug auf die öffentliche Hand ausser Kraft gesetzt zu sein. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger glauben fälschlicherweise, bei den Staatsschulden handle es sich nicht um ihre persönlichen Schulden und deshalb bestehe auch kein Grund zur Beunruhigung. Leider ist es so, dass jene, die heute die Schuldenberge verursachen, nur noch teilweise dafür geradestehen müssen. Umso stärker trifft die Schuldenlast unsere Kinder. Die Staatsverschuldung der Schweiz hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen, auf allen drei Ebenen. An den Schuldenbergen bzw. an der Entwicklung des Eigenkapitals lässt sich denn auch die Finanzpolitik der vergangenen Jahre ablesen. Auf Bundesebene standen dem Schuldenberg von CHF 127 Mrd. per Ende 2004 nur noch Aktiven in Höhe von CHF 35 Mrd. gegenüber. Die Differenz nennt man Fehlbetrag der Bilanz, die sich Ende 2004 auf CHF 92 Mrd. belief und die 2006 wohl die historische Marke von CHF 100 Mrd. überschreiten wird. Dieses CHF 100 Mrd.-Finanzloch wirft keinen Ertrag ab, muss aber verzinst werden. Oder im Klartext ausgedrückt: die Schulden wurden nicht für Investitionen gemacht, sondern es wurde auf Pump konsumiert.

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger glauben auch immer noch, die Schweiz stehe im internationalen Verschuldungs-Vergleich noch günstig da. Wenn man aber die staatliche pro Kopf-Verschuldung aufgrund der OECD-Zahlen des Jahres 2004 vergleicht, dann stellt man fest, dass die Schweiz auf dem unrühmlichen Platz 5 liegt, noch vor den USA, die man ja gerne als Schuldennation der Welt abstempelt. An der Spitze liegt Japan mit rund \$ 58'000, gefolgt von Italien, Belgien, Norwegen und der Schweiz mit USD 27'000. Es trifft zwar zu, dass die Schweiz sowohl in Bezug auf die Schulden wie auch die Neuverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt günstiger dasteht als die meisten europäischen Länder. Aber in Bezug auf das Ausgaben- und Einnahmen-Wachstum des Staates und der Sozialwerke im Vergleich zum Privatsektor nimmt die Schweiz eine unrühmliche Spitzenstellung ein. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die OECD-Zahlen rund CHF 60 Mrd. an Zwangsabgaben nicht erfassen. Richtig gerechnet werden sich die Einnahmen des Staates

und die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an die Sozialwerke (ohne Quersubventionierungen) im Jahre 2005 auf fast CHF 230 Mrd. belaufen, was etwas mehr als 50% des erwarteten Bruttosozialproduktes von rund CHF 450 Mrd. entspricht. Die frei verfügbaren Einkommen liegen damit schon seit einiger Zeit unter 50% des Bruttosozialproduktes, während das Schweizer Volk in den Sechzigerjahren noch über weit mehr als 70% der volkswirtschaftlichen Leistung (BIP) frei verfügen konnte.

Wenn unser Staat und die Sozialwerke weiter so wuchern wie in den letzten paar Jahren, die Wirtschaft aber weiter durch Abgaben und Steuern, aber auch durch administrative Neubelastungen im Wachstum behindert wird, dann werden die Einnahmen dieser Institutionen theoretisch in 24 Jahren unser Bruttosozialprodukt übersteigen.

Trotz Ausgaben- und Schuldenbremse, trotz Entlastungsprogrammen 03 und 04 und trotz Aufgabenverzichtsplanung ist noch keine Trendwende in der Finanzpolitik des Bundes erkennbar. 2006 und 2007 werden die Sparbemühungen der letzten Jahre zwar wirksam, aber bereits ab 2008 schnellen die Ausgaben wieder in die Höhe. Der Finanzplan 2007-09 inklusive Entlastungsprogramm 2004 sieht zwar in den Jahren 2007 bis 2009 Überschüsse von CHF 1,8 Mrd. in der Finanzrechnung vor, doch setzen diese Zahlen Mehreinnahmen gegenüber der Rechnung 2004 von CHF 12,4 Mrd. d.h. eine Zunahme um 25% voraus. Dies bedeutet eine jährliche Einnahmensteigerung um 4,3%. Wenn wir diese Einnahmensteigerungen, die deutlich über dem geschätzten Wirtschaftswachstum von 3,2% liegen, nicht erreichen, fallen wieder Defizite und damit neue Schulden an. Bis 2008 werden die Bundesschulden auf rund CHF 145 Mrd. (fast CHF 80'000 pro Familie) anschwellen und damit um CHF 39 Mrd. bzw. 36% über dem Niveau des Jahres 2001 liegen, in dem die Abstimmung über die Schuldenbremse stattfand. Zusammen mit den Kantons- und Gemeindeschulden dürften die öffentlichen Schulden bis 2008 auf über CHF 270 Mrd. ansteigen (gegen CHF 150'000 pro Familie). Allein die Verzinsung dieser Schulden werden 2008 bei einem angenommenen Zinsniveau von 3,5% fast CHF 10 Mrd. bzw. fast CHF 5'500 pro Familie erreichen. Dabei sind im heutigen Schuldenausweis versteckten Schulden, wie die vorhersehbaren Deckungslücken der staatlichen Pensionskassen und einiger Sozialsysteme noch nicht berücksichtigt. Schulden sind nicht nur die Steuern der nächsten Generation. Sie engen auch den Spielraum der Politik massiv ein. Sollten beispielsweise die heute rekordtiefen Zinssätze ansteigen, was bei einer restriktiveren Geldpolitik der SNB und speziell im Falle eines Anschlusses an die EU der Fall wäre, dann könnte sich diese Zinslast von heute rund CHF 7 Mrd. in den nächsten Jahren verdoppeln. Und da wohl kaum Einsparungen in dieser Höhe durchzusetzen sind, werden die Schulden weiter zunehmen. Dies bedeutet wieder höhere Zinszahlungen etc.

Um unser Land aus diesem Schulden-Teufelskreis herauszuführen genügen optische Retuschen und Rechnungslegungstricks nicht mehr. Es besteht akuter Handlungsbedarf zu einer umfassenden Reform der Staatsfinanzen und des Steuersystems. Wenn ausserordentliche Erträge anfallen, sei es aus Privatisierungen oder beispielsweise aus dem Verkaufserlös der SNB-Goldreserven, dann sind diese konsequent zur Schuldentilgung oder für Steuersenkungen einzusetzen. Alles andere muss als verantwortungslose Finanzpolitik taxiert werden. Aber die Realität sieht leider anders aus. Die Verteilung des Verkaufserlöses der nicht mehr für geldpolitische Zwecke benötigten SNB-Währungsreserven von CHF 21,1 Mrd. an

Bund und Kantone und die Ausschüttung des regulären SNB-Gewinns 2004 von CHF 2,9 Mrd. hat vor allem die Finanzsituation der Kantone schlagartig verbessert, denn Zweidrittel davon gehen an sie. Die rund CHF 16 Mrd. entsprechen 21% des letztbekannten offiziellen Schuldenstandes im Jahre 2003 von CHF 78 Mrd. oder 24% der diesjährigen Kantonsbudgets von CHF 69 Mrd. Während 11 Kantone damit mehr als 50% ihrer Verschuldung tilgen könnten, entspricht der Finanzausschuss für die Kantone Zürich, beide Basel, Waadt und Genf weniger als 20% der Schulden. Aber statt damit wenigstens diese Schuldentilgung vorzunehmen, fällt der Zürcher Regierung nichts Gescheiteres ein, als diese Erträge für laufende Aufwendungen zu verpassen. Damit werden die nötigen Reformen einmal mehr auf die lange Bank geschoben und trotzdem will man sogar noch die Steuern erhöhen. Es ist höchste Zeit, dass mit einer Volksinitiative dieser „Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder“ endlich ein Ende bereitet wird.